



Volksbegehren – MdL Klaus Steiner informiert

Beitrag

Enttäuscht ist der Traunsteiner Stimmkreisabgeordnete im Landtag, Klaus Steiner, von der Haltung der Initiatoren des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“, gegenüber den bayerischen Bauern. Bei einer Diskussion mit dem Kreisverband des Bayerischen Bauernverbandes, im Gasthof Feldwies in Äbersee, sprach Steiner von einer nicht nachvollziehbaren Unbeweglichkeit. Hinter dem grundsätzlich zu begründenden Anliegen, stehe ein Gesetzentwurf, der zu viele Fragen offenlasse. „Ich hatte in den letzten Tagen gehofft, dass die Unklarheiten über die Folgen z.B. für Landwirte, die jetzt schon extensiv wirtschaften oder freiwillig am Vertragsnaturschutz teilnehmen, von den Initiatoren endlich geklärt werden und man mit den Bauern redet“. Diese Chance sei leider vertan worden. Aus diesem Grund werde er, so Steiner, das Volksbegehren nicht unterstützen.

Angesichts der Tatsache, dass von den 109.000 bayerischen Landwirten jeder Zweite am bayerischen Kulturlandschaftsprogramm (Kulap), dem mit 280 Mio. Euro pro Jahr stärksten Agrarumweltprogramm in Deutschland, teilnehme, und damit ein wichtiger und wirksamer Beitrag zur Stabilisierung der Artenvielfalt geleistet werde, sei es schade, dass der Weg für mehr Artenschutz nicht gemeinsam mit den Bauern gegangen werde. Hier sei eine große Chance verpasst worden.

Deutliche Kritik kam vom Kreisobmann des Bauernverbandes, Sebastian Siglreithmayer. Der Titel des Volksbegehrens sei irreführend. „Vor uns Bauern müssen die Bienen nicht gerettet werden, weil in den letzten 5 Jahren, vor allem durch freiwillige Maßnahmen der Bauern und staatliche Förderungen, die Bienenvölker in Bayern um 20 Prozent zugenommen haben“, so Siglreithmayer. Es gehe um eine Änderung des Naturschutzrechtes, die bestimmte Maßnahmen gesetzlich vorschreiben und damit die Förderung im Rahmen des Kulap oder des Vertragsnaturschutzes nicht mehr möglich machen. Zumindest sei dies mit aktuellem EU-Recht nicht vereinbar.

„Natur- und Artenschutz werde nur mit den Landnutzern, also den Landwirten funktionieren und nicht mit Verboten“, betonte Irina Esterbauer, Kreisbäuerin im Landkreis Traunstein. „Es trifft damit gerade die kleinteilige, bäuerliche Landwirtschaft, wie man sie in keinem anderen Bundesland vorfindet und die sich in den letzten Jahren sehr erfolgreich ökologisch engagiert hat“, meinte Esterbauer unter Bezugnahme auf die laufende Diskussion, in der oft von Agrarindustrie die Rede sei.

â??Die haben wir in Bayern weitgehend nichtâ??. Bei 20 Prozent Anteil Bayerns an der AgrarflÃ¤che in Deutschland, kÃ¶nnen 80 Prozent der schÃ¶tzenswerten Arten in Bayern vor. â??Diese Zahlen wÃ¼rden bereits jetzt belegen, dass die MaÃnahmen in Bayern greifenâ??. betonte Esterbauer. Sie verstehe nicht, warum die Initiatoren den erfolgreichen Weg, den die bayerischen Bauern mit der massiven FÃ¶rderung Ã¶kologischer MaÃnahmen, etwa Ã¼ber das Kulturlandschaftsprogramm gehen, nicht einmal erwÃ¤hnen.

â??Die Landwirte nehmen Ihre Verantwortung ernst! Wir tun bereits vieles und sind auch bereit Leistungen fÃ¼r den Artenschutz zu erbringen. Dies ist aber eine gesamt gesellschaftliche Aufgabeâ??. sagte der Kreisbauernobmann. â??Wir wÃ¼rden uns wÃ¼nschen, dass auch BeitrÃ¤ge von privaten, kommunalen und gewerblichen FIÃ¤rchen folgen wÃ¼rden. Seit 2011 seien 2500 Kilometer BIÃ¼hsteifen in Bayern freiwillig angelegt worden. Und wir werden das weiter ausbauen, aber nicht mit Zwang und gesetzlichen Vorschriften, so wie es der Gesetzentwurf fordert. Jeder, der jetzt Vorschriften gegen die Bauern fordere, solle sich das einmal im eigenen Garten vorstellenâ??. so Sigleithmayer weiter.

MatthÃ¤us Michlbauer, GeschÃ¤ftsfÃ¼hrer des BBV in Traunstein bedauerte ebenfalls, dass mit den Bauern nicht geredet und Unklarheiten ausgerÃ¤umt werden. Von den 109.000 Landwirten in Bayern nehme jeder Zweite an umweltschonenden MaÃnahmen innerhalb des Kulap teil. Hinzu kÃ¶nnen erfolgreiche Schritte im Bereich des Vertragsnaturschutzes. Er bezeichnete den Gesetzentwurf als kontraproduktiv, weil er die kleinstrukturierte Landwirtschaft in Bayern mit zusÃ¤tzlichen Vorschriften belaste, aber gerade in dieser Form der Landwirtschaft, wie etwa die der Almbauern, die grÃ¶Ãte Chance fÃ¼r Umwelt und Artenvielfalt IÃ¤ge. Als Beispiel fÃ¼hrte er den Passus â??Biolandwirtschaftâ? im Gesetzesentwurf an, nachdem der Anteil der Biobauern bis 2030 auf 30 Prozent anwachsen mÃ¼sste. Bayern habe bereits den hÃ¶chsten Bioanteil in Deutschland und die hÃ¶chsten Zuwachsraten. Das aktuelle Problem ist die Tatsache, dass die Nachfrage dem Zuwachs an Bioproduktion auf einem zufriedenstellenden Preisniveau zurzeit nicht folgen kann. Wer eine gesetzliche Quote an Biobetrieben vorschreibe, mÃ¼sste dann logischerweise auch den Verbraucher gesetzlich zwingen, Bioprodukte zu einem bestimmten Preis zu kaufen.

â??Im Ãbrigen mÃ¶chten wir im GrÃ¼nlandgÃ¼rtel, um Sojaimporte zu reduzieren, weiterhin hochwertiges GrÃ¼nland erhalten und dies benÃ¶tigen konventionelle Landwirte und Biobauern gleichermaÃenâ??. so Michlbauer. Deswegen seien die MÃhintervalle bei den GrÃ¼nlandbauern, ob Bio oder konventionell, gleich. Gerade auch fÃ¼r Streuobstanlagen habe der Gesetzentwurf gravierende Folgen. â??Ich will und brauche keine gesetzliche Festlegung als Biotop fÃ¼r meine 80 ObstbÃ¤ume. Wenn diese kommt, werden viele ObstbÃ¤ume nicht mehr gepflegt und erhalten werdenâ??. meinte Steiner abschlieÃend.

Text und Bildmaterial: AbgeordnetenbÃ¼ro Klaus Steiner



Zahnarztpraxis

Dr. Christine Schlehuber



Am Marktplatz 5 in Prien

www.zahnarzt-prien.de
08051-9634060

Kategorie

1. Land- & Forstwirtschaft

Schlagworte

1. Bauernverband
2. Feldwies
3. Traunstein
4. Ä?bersee